

Zum Schluss zwei Schlappen für Heiniger

Präventionsstudie Der Kantonsrat hat dem abtretenden Gesundheitsdirektor gestern gleich zweimal die Gefolgschaft verweigert. Unter anderem versenkte der Rat den kantonalen Beitrag an eine grosse Gesundheitsstudie.

Liliane Minor

Es hätte eine Art Vermächtnis des Thomas Heiniger (FDP) werden sollen: Das Projekt «Hopp Zürich». Hopp steht für «Health of Population Project», frei auf Deutsch übersetzt: Projekt zur Gesundheit der Bevölkerung. Konkret sollte das Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Uni Zürich zehn Jahre lang 20 000 Personen aus dem Kanton Zürich regelmässig über ihre Gesundheit, über ihren Lebensstil und Risikofaktoren und über medizinische Behandlungen befragen.

Ziel der Studie war es, Erkenntnisse zu gewinnen, wie Prävention wirkt, welche Faktoren gewisse Krankheiten beeinflussen und wo es im Gesundheitswesen allenfalls eine Über- oder Unterversorgung gibt.

Doch daraus wird nichts, zumindest nicht mit Beteiligung des Kantons Zürich. Mit 20 Millionen Franken, verteilt auf zehn Jahre, wollte Heiniger das Projekt unterstützen. Der Kantonsrat wollte davon nichts wissen, er schmetterte den Kredit gestern mit 98:75 Stimmen ab. Und sparte nicht mit Kritik am abtretenden Gesundheitsdirektor. Ebenfalls unzufrieden zeigte sich der Rat mit einem Bericht zur Geburtshilfe unter der Leitung von Hebammen. Mit 133:41 Stimmen verlangte der Rat einen Zusatzbericht.

«Wir sehen keinen konkreten Nutzen»

Dass «Hopp» scheiterte, hat auch damit zu tun, dass im Rat etliche Parlamentarier am Nutzen einer solchen Studie zweifelten. So fand etwa Ruth Frei (SVP, Wald), wenn schon, müssten die Daten landesweit erhoben werden: «Es ergibt keinen Sinn, das Projekt auf Zürich zu beschränken.» Mark Wisskirchen (EVP, Kloten)



Der Kantonsrat war gestern ungnädig mit dem abtretenden Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger. Foto: Urs Jaudas

sprach von einem teuren Projekt mit unklarer Wirkung, und Astrid Gut (BDP, Wallisellen) sagte: «Wir sehen keinen konkreten Nutzen.»

Was dem Rat aber vor allem sauer aufsties, war das Gemurkse um die Finanzierung. Heiniger hatte in einem ersten Anlauf versucht, «Hopp» über den Lotteriefonds zu finanzieren. Der Kantonsrat lehnte das Begehren im Juni vergangenen Jahres aber ab, einzig die FDP sagte Ja. Der Fonds sei dafür das falsche Gefäss, argumentierten die ande-

ren Parteien. Wenn schon, dann müsse der Gesundheitsdirektor den Weg über das ordentliche Budget beschreiten.

Heiniger plante daraufhin die ersten zwei Millionen schon im Budget für dieses Jahr ein – und lief damit im Dezember erneut auf. Der Antrag komme viel zu früh, monierten die Grünen und die CVP, der Kantonsrat habe noch nicht einmal entschieden, ob er das Forschungsprojekt überhaupt unterstützen wolle. Das Holte der Rat gestern nach, und er sagte Nein. Sehr zum un-

verhohlenen Ärger Heinigers, der pikiert bemerkte, er habe doch nun die Forderungen des Rats erfüllt, aber nun sei es auch wieder nicht recht.

Es war, nebenbei bemerkt, ein ungewöhnliches Nein: Sowohl die linke als auch die rechte Ratsseite waren uneins. Links stimmten AL, Grüne und EVP dagegen, während SP und GLP für den Kredit waren. Rechts sagten die FDP Ja, SVP, CVP, BDP und EDU Nein.

Die Befürworter argumentierten vergebens, «Hopp» werde wichtige Grundlagen für die Ver-

sorgungsplanung im Gesundheitswesen liefern. Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, eine Studie wie diese national durchzuführen, sagte Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): «Aber der Bund und der Nationalfonds unterstützen das nicht.» Auch Gesundheitsdirektor Heiniger selbst erklärte wortreich, es brauche für Studien wie «Hopp» eine kantonale Grundfinanzierung.

Kathy Steiner (Grüne, Zürich) entgegnete: «Forschungsprojekte müssen aus Forschungsgel-

dern bezahlt werden.» Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) forderte, die Uni müsse halt «ihre Schatulle öffnen», wenn sie schon verlaublich lasse, sie wäre stolz, das Projekt durchführen zu dürfen. Und Kaspar Büttiker (AL, Zürich) nannte den Kredit einen «kreativen Schildbürgerstreich».

Heiniger muss über die Bücher

Es war nicht die einzige Niederlage für den abtretenden Gesundheitsdirektor an diesem Morgen. Schelte gab es auch für die Art und Weise, wie der Regierungsrat ein Postulat von SP, AL und EVP behandelt hatte, das den Kanton aufforderte, die Geburtshilfe unter der Leitung von Hebammen statt Ärzten zu fördern. Der Regierungsrat hatte beantragt, das Postulat abzuschreiben – unter anderem mit dem Hinweis, die Nachfrage nach dieser Art der Geburtshilfe sei gering.

Damit waren nur FDP und GLP zufrieden. Die anderen Parteien reagierten mit Unverständnis. Der Kanton habe nur die Spitäler befragt, kritisierte Monika Wicki (SP, Zürich): «Man müsste die Frauen nach ihren Bedürfnissen fragen, nicht die Kliniken.» Lorenz Schmid argumentierte, würden Spitäler hebammengeleitete Geburten gar nicht erst anbieten, gäbe es logischerweise auch keine Nachfrage. Und an Heiniger gerichtet, sagte er: «Sie sind nicht ganz unschuldig an der Situation. Sie können den Spitalern vorschreiben, was sie anbieten müssen.»

Nun muss Heiniger über die Bücher: Binnen sechs Monaten will der Kantonsrat einen Zusatzbericht, wie der Kanton hebammengeleitete Geburten zu fördern gedenke. Die Kritik daran wird freilich sein Nachfolger entgegennehmen müssen.

Spesenregelung ist unzulässig

Bundesgericht Die Zürcher Kantonsräte erhalten Spesenpauschalen, welche die Unkosten weit übersteigen. Zu diesem Schluss kommt das Bundesgericht. Das Gericht entschied aufgrund eines Streits zwischen einem Parlamentsmitglied und der Ausgleichskasse, welche die Vorsorgebeiträge abrechnet. Der Mann hatte 2013 für seine Parlamentsarbeit 15 000 Franken mit AHV-Abzug und Spesen von 26 690 Franken ohne AHV-Abzug erhalten. Mit diesen AHV-Beiträgen sei es schwierig, eine Altersvorsorge aufzubauen. Der Kantonsrat monierte, mit den hohen Spesenbeiträgen umgehe der Kanton seine AHV-Beitragspflicht. Der grössere Betrag setzt sich aus einer Spesenpauschale von 5000 Franken und Unkostenpauschalen für Parlaments- und Kommissionsitzungen zusammen. Das Bundesgericht erachtet Pauschalen zwar als zulässig, diese müssten aber dem tatsächlichen Aufwand entsprechen. Nun muss der Kanton eine neue Regelung zur Abgeltung der Unkosten der Ratsmitglieder schaffen. (sch/sda)

Gesehen & gehört

Böser Hund, böse Männer und falsche Entscheide

Eine Kantonsratsdebatte hinterlässt Unzufriedene unter Regierungsräten und Berufsschülern. Dazu kommt ein Angriff auf einen Unbescholtenen.

Es ist zum Krankwerden, was Gesundheitsdirektor **Thomas Heiniger** (FDP) in den letzten Monaten erleben musste. Zuerst das Volks-Nein zu den Spitalprivatisierungen, dann das Kantonsrats-Nein zu den Millionen für die elektronischen Patientendossiers und gestern bereits das zweite Nein zu Heinigers Lieblingsprojekt, «Hopp Zürich». Bemerkenswert ist, wie der negative Entscheid zustande kam. Wer dagegen war, musste nämlich Ja stimmen, und zwar zum Antrag der vorberatenden Gesundheitskommission, welche die 20 Millionen für das Forschungsprojekt Hopp-Zürich ablehnte. Als Ratspräsidentin **Yvonne Bürigin** (CVP) die Knöpfe für die Abstimmung freigab, zeigte die Anzeigetafel einen Trend: Es würde ein Nein geben, was einem Ja zu Hopp-Zürich gleich gekommen wäre. Auch vie-

le SVPLer hatten Nein gedrückt, obwohl sie eigentlich das Gegenteil meinten. Den Faux-pas bemerkte die grüne Fraktionspräsidentin **Esther Guyer** – eine hartnäckige Hopp-Zürich-Gegnerin. Sofort eilte sie hinüber zur SVP und warf die Hände. Ihr Einsatz zahlte sich aus, die SVPLer korrigierten, was Heinigers vermeintlichen Sieg in eine Niederlage verwandelte. Falsch gestimmt hatten auch die EVPLer. Doch weil sie den Fehler zu spät bemerkten, musste Fraktionschef **Markus Schaaf** kleinlaut um Wiederholung der Abstimmung nachsuchen – seine Bitte wurde erhört und das Resultat für Heiniger um weitere acht Stimmen verschlechtert.

Eine Niederlage musste gestern auch der pensionierte Stimmbürger **Hans-Peter Köhli** einstecken. In einer Einzelinitia-

tive hatte er zwei Jokertage für Berufsschüler gefordert. Nach dem Nein des Kantonsrats, das er auf der Tribüne mitbekommen hatte, zeigte sich Köhli enttäuscht: «Es ist gschämig, dass den Lehrlingen nicht dieselben Rechte eingeräumt werden wie den Mittelschülern.» Köhli kann die Lobhudeleien über die Schweizer Berufsbildung etwa von Bundesrat **Johann Schneider-Ammann** nicht mehr hören. «In Wahrheit sind unsere Berufsschulen zweite Liga, und die Berufsschüler werden wie Jugendliche zweiter Klasse behandelt.» Der ehemalige Lehrlingsbetreuer bei den SBB, der sich mit 34 zum Primarlehrer umschulen liess, hat nun alles Verständnis für einen seiner sieben Enkel. Er hat ihm nämlich angekündigt: «Wenn deine Einzelinitiative nicht durchkommt, dann mache ich

einfach zweimal im Jahr krank.»

Zum Schluss noch ein negatives Erlebnis, das Sozialdemokrat **Jonas Erni** widerfahren ist. An einer Sitzung der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS), wo er als Ersatzmitglied seinen Fraktionskollegen **Rafael Steiner** vertrat, ist er ins Hosenbein gebissen worden. Täterin war **Suza**, das «Sieben-Kilo-Hündli» von AL-Kantonsrätin **Laura Huonker**. Auf dem Handy-Bild sieht die Lassie-Schäfermischung harmlos aus. Suza liebt Kinder, Jugendliche und Frauen, wie Huonker beteuert. Und warum liebt die Hündin den harmlosen Umweltingenieur Jonas Erni nicht? Mit Männern hat Suza schlechte Erfahrungen gemacht.

Daniel Schneebeli

Gestern im Kantonsrat

Kantonsrat verzichtet auf Hilfe für Flüchtlinge

Migration Die bürgerliche Mehrheit des Parlaments findet es unnötig, dass sich der Regierungsrat für die Aufnahme von Bootsflüchtlingen in der Schweiz starkmacht. So hat der Kantonsrat einen entsprechenden dringlichen Vorstoss von Sibylle Marti (SP), Barbara Günthard Fitze (EVP) und Laura Huonker (AL) mit 89:81 Stimmen knapp abgewiesen. Die drei Kantonsrätinnen wollten, dass die Schweiz in Kontingenten mehr Flüchtlinge aufnimmt, die mit Booten über das Mittelmeer flüchten. (meg)

Kritik an neuer Notfallnummer

Ärztetfon Erst Anfang Jahr ist die einheitliche Notfallnummer im Kanton gestartet, schon will sie der Kantonsrat wieder überdenken. Er hat dazu gleich drei Vorstösse überwiesen zu folgenden Themen: öffentliche Ausschreibung des Dienstes, den heute die Ärztesgesellschaft gewährleistet, Wahlfreiheit, ob die Gemeinden mitmachen wollen, und Beschränkung der Kosten. (meg)